

DIE STADT

AMTSBLATT DER KLINGENSTADT SOLINGEN

77. Jahrgang

Nr. 42

Donnerstag, 17. Oktober 2024

BEKANNTMACHUNG

**Satzung der Stadt Solingen
über die Erhebung von Gebühren
für Amtshandlungen auf dem Gebiet
der Schlachtier- und Fleischuntersuchung
und sonstige Amtshandlungen auf dem Gebiet
der Fleischhygiene in den Städten
Remscheid, Solingen und Wuppertal
vom 08.10.2024**

Aufgrund

- der Verordnung (EU) Nr. 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates über amtliche Kontrollen und andere amtlichen Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebensund Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496 EEG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) vom 15.03.2017 (ABl. Nr. L 95/1, ber. durch ABl. Nr. L 137/40 vom 24.05.2017 und ABl. Nr. L 48/44 vom 21.02.2018), geändert durch delegierte Verordnung (EU) 2019/2127 der Kommission vom 10.10.2019 i. d. g. F.,
- § 2 Abs. 3 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein- Westfalen (GebG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.08.1999 (GV NRW S. 524) in der jeweils geltenden Fassung,
- § 1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf Gebieten des Verbraucherschutzes (Zuständigkeitsverordnung Verbraucherschutz NRW - ZustVOVS

NRW) vom 03.02.2015 (GV. NRW. S. 293) in der jeweils geltenden Fassung,

- §§ 7 und 41 Abs. 1 lit. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung, und
- §§ 1 und 2 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal zur Übernahme der Aufgaben des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung durch die Stadt Solingen vom 17.12.2009 (Abi. Reg. Ddf. 2009 S. 478),

hat der Rat der Stadt Solingen am 26.09.2024 folgende Satzung beschlossen:

§1

Gebührentatbestand und Gebührenschuldner

- (1) Für die in Anhang IV Kapitel II der Verordnung (EU) Nr. 2017/625 genannten Tätigkeiten (Amtshandlungen) werden Gebühren nach der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW) vom 08.08.2023 (GV. NRW. S. 490) in der zurzeit gültigen

Herausgegeben von:

Klingenstadt Solingen

Der Oberbürgermeister

Pressestelle, Postfach 10 01 65, 42601 Solingen

Verantwortlich Thomas Kraft
Fon 0212 290 - 2142

Redaktion Ilka Fiebich
Fon 0212 290 - 2111, Fax 290 - 74 2111

E-Mail amtsblatt@solingen.de

Satz Klingenstadt Solingen, Mediengestaltung

Veröffentlichung/
Vertrieb Digital unter www.solingen.de/amtsblatt.
In gedruckter Form liegt es kostenlos in Verwaltungsgebäuden und Bürgerbüros aus. Nachdruck und Veröffentlichungen jeder Art sind nur mit Genehmigung des Herausgebers zulässig. Erscheint wöchentlich.

Die öffentlichen Sitzungsunterlagen sind im Büro des Oberbürgermeisters, Ratsangelegenheiten, Walter-Scheel-Platz 1, 42651 Solingen, einzusehen.

Gedruckt auf nach „Der Blaue Engel“ zertifiziertem Papier.

Fassung erhoben. Aufgrund des § 2 Abs. 3 Satz 1 GebG NRW werden von den Tarifstellen 6.4.2.6 und 6.4.2.7 der AVerwGebO NRW abweichende Gebührensätze nach dieser Satzung unter Berücksichtigung der Kriterien nach Abschnitt VI Kapitel VI der Verordnung (EU) Nr. 2017/625 und des § 3 GebG NRW erhoben.

- (2) Gebühren- und kostenpflichtig sind die natürlichen oder juristischen Personen, die nach dieser Satzung gebühren- oder kostenpflichtige Amtshandlungen in den Stadtgebieten Remscheid, Solingen oder Wuppertal zurechenbar verursachen bzw. deren Tätigkeiten Amtshandlungen im Sinne des Absatzes 1 unterliegen. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

§2

Entstehen der Gebührenpflicht, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Gebährenschild entsteht dem Grunde und der Höhe nach mit Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.
- (2) Gebühren und Auslagen werden durch Bescheid festgesetzt und innerhalb von einem Monat nach Zustellung des Bescheides fällig.

§3

Gebühren im Zusammenhang mit der Schlachtier- und Fleischuntersuchung und den im Zusammenhang stehenden amtlichen Kontrollen

- (1) Für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Schlachtier- und Fleischuntersuchung und den im Zusammenhang stehenden amtlichen Kontrollen werden bei gewerblichen Betrieben und „Hausschlachtungen“ minutengenau die Gebühren erhoben, die sich aus der tatsächlichen Anwesenheit des Kontrollpersonals auf dem Gelände der Betriebsstätte oder dem Ort der Tätigkeit („Hausschlachtung“) im Rahmen der Amtshandlungen ergeben. Kann die Amtshandlung nicht unmittelbar zu dem mit dem Betrieb vereinbarten Zeitpunkt durchgeführt werden oder entstehen Unterbrechungen der Amtshandlung, die nicht von dem Kontrollpersonal des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes zu vertreten sind, so wird diese Zeit in die Gesamtzeit eingerechnet.
- (2) Die Gebühren nach Absatz 1 betragen pro Minute
- | | |
|--|-----------|
| a) für eine amtliche Tierärztin/einen amtlichen Tierarzt | 1,38 EUR |
| b) für eine amtliche Fachassistentin/einen amtlichen Fachassistenten | 0,89 EUR. |
- (3) Die Gebührenkalkulation berücksichtigte Amtshandlungen innerhalb der Rahmenarbeitszeit entsprechend der geltenden Dienstvereinbarung über die Zeitwirtschaft bei der Klingenstein Solingen 2 (Mo - Fr von 06.00 - 20.00 Uhr, Sa 06.00 - 13.00 Uhr). Sofern Amtshandlungen außerhalb der Rahmenarbeitszeit gewünscht sind, können Zeitzuschläge unter Orientierung an den Rechtsvorgaben des TVöD-V in der jeweils geltenden Fassung abgerechnet werden.

§4

Gebühren für amtliche Kontrollen in Zerlegebetrieben und sonstigen Betrieben

- (1) Für Amtshandlungen in:
- Fleisch und Geflügelfleisch verarbeitenden Betrieben, die für den innergemeinschaftlichen Verkehr zugelassen sind,
 - Groß- und Zwischenhandelsbetrieben,
 - Kühl- und Gefrierhäusern,
 - Umpackbetrieben für frisches Fleisch, Geflügelfleisch, Fleisch- oder Geflügelfleischerzeugnissen,
 - Herstellungsbetrieben für Hackfleisch, Fleisch- oder Geflügelfleischzubereitungen,
 - Wildverarbeitungsbetrieben,
 - sonstigen zugelassenen Betrieben
- werden Gebühren erhoben.
- (2) Die Gebühren nach Absatz 1 werden gemäß der Tarifstelle 6.4.2.7.6 i. V. m. den Tarifstellen 6.4.1.3.1 bis 6.4.1.3.4 und 6.1.1.1 sowie 6.1.1.2 der AVerwGebO NRW nach den jeweils aktuellen vom Ministerium für Inneres vorgegebenen Stundensätzen abgerechnet. Kann die Amtshandlung nicht unmittelbar zu dem mit dem Betrieb vereinbarten Zeitpunkt durchgeführt werden oder entstehen Unterbrechungen der Amtshandlung, die nicht von dem Kontrollpersonal des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes zu vertreten sind, so wird diese Zeit in die Gesamtzeit eingerechnet.
- (3) Abweichend von Absatz 2 werden Gebühren für Amtshandlungen in Zerlegebetrieben durch eine amtliche Tierärztin / einen amtlichen Tierarzt und einen Lebensmittelkontrolleur / eine Lebensmittelkontrolleurin gemäß Artikel 79 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2017/625 erhoben. Es werden minutengenau die Gebühren erhoben, die sich aus der tatsächlichen Anwesenheit des amtlichen Kontrollpersonals auf dem Gelände der Betriebsstätte im Rahmen der Amtshandlungen ergeben. Kann die Amtshandlung nicht unmittelbar zu dem mit dem Betrieb vereinbarten Zeitpunkt durchgeführt werden oder entstehen Unterbrechungen der Amtshandlung, die nicht von dem Kontrollpersonal des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes zu vertreten sind, so wird diese Zeit in die Gesamtzeit eingerechnet.
- (4) Die Gebühren nach Absatz 3 betragen für eine amtliche Tierärztin / einen amtlichen Tierarzt des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes pro angefangene Minute: 1,38 EUR. Die Gebühren nach Absatz 3 betragen für eine Lebensmittelkontrolleurin / einen Lebensmittelkontrolleur des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes pro angefangene Minute: 1,29 EUR.
- (5) Die Gebührenkalkulation berücksichtigte Amtshandlungen innerhalb der Rahmenarbeitszeit entsprechend der geltenden Dienstvereinbarung über die Zeitwirtschaft bei der Klingenstein Solingen 3 (Mo - Fr von 06.00 - 20.00 Uhr, Sa 06.00 - 13.00 Uhr). Sofern Amtshandlungen außerhalb der Rahmenarbeitszeit gewünscht und veranlasst werden, können Zeitzuschläge unter Orientierung an den Rechtsvorgaben des TVöD-V in der jeweils geltenden Fassung abgerechnet werden.

§5

Trichinenprobentransport

- (1) Die Gebühr für den Transport von Trichinenproben von untersuchungspflichtigen Tieren durch Personal des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes zum Untersuchungslabor in Mettmann betragen 43,53 EUR.
- (2) Für Trichinenproben von Schwarzwild aus dem Städtedreieck Remscheid, Solingen und Wuppertal entfallen die Transportkosten, sofern zusammen mit der Trichinenprobe eine ASP-Monitoringprobe abgegeben wird.

§6

Erstattung von Auslagen

Neben den nach dieser Satzung fällig werdenden Gebühren sind vom Gebührenschuldner alle im Zusammenhang mit der Amtshandlung entstandenen zusätzlichen Kosten (z. B. Kosten des Chemisches und Veterinäruntersuchungsamtes Rhein-Ruhr-Wupper in Krefeld oder anderer Untersuchungsämter oder -institute) zu erstatten, soweit diese nicht in der Gebührenkalkulation, die dieser Satzung zugrunde liegt, enthalten sind.

§7

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntgabe in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die „Satzung der Klingenstadt Solingen über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Schlachtier- und Fleischuntersuchung und sonstige Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene in den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal“ vom 27.09.2023 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Klingenstadt Solingen über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Schlachtier- und Fleischuntersuchung und sonstige Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene in den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, 08.10.2024

Tim Kurzbach
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

IV. Änderungssatzung vom 01.10.2024 der Hundesteuersatzung der Klingenstadt Solingen vom 18. Dezember 2008

Auf Grund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05. März 2024 (GV. NRW. S. 316), und §§ 1-3 und § 20 Abs. 2 Buchstabe b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 05. März 2024 (GV. NRW. S. 155), hat der Rat der Stadt Solingen in seiner Sitzung am 26.09.2024 folgende IV. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Klingenstadt Solingen vom 18. Dezember 2008, zuletzt geändert durch die III. Änderungssatzung vom 11.10.2017, beschlossen:

Die Hundesteuersatzung der Klingenstadt Solingen vom 18. Dezember 2008, zuletzt geändert durch die III. Änderungssatzung vom 11.10.2017, wird wie folgt geändert:

1. Die Worte „Stadt Solingen“ werden jeweils durch die Worte „Klingenstadt Solingen“ ersetzt.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
Abs. 2, S. 3 wird wie folgt gefasst:
Alle in einen Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von den Haushaltsangehörigen gemeinsam gehalten.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
3.1) § 4, S. 1, lit. a) erhält folgende Fassung:
Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, gehörloser oder sonst hilfloser Personen dienen. Letztere sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“, „GL“ oder „H“ besitzen oder ein entsprechendes amtsärztliches Zeugnis vorlegen;
3.2) § 4, S. 1, lit. d) wird neu hinzugefügt und wie folgt gefasst:
d) Hunde, die nachweislich unmittelbar aus dem Tierheim Solingen aufgenommen werden, für die ersten 12 Monate nach der erstmaligen Aufnahme in den Haushalt.

- 3.3) § 4, S. 2 wird neu hinzugefügt und wie folgt gefasst:
Eine Steuerbefreiung für Hunde im Sinne des § 2 Abs. 3 dieser Satzung wird nicht gewährt.
4. § 6 wird wie folgt geändert:
Absatz 2 erhält folgende Fassung:
Der Antrag auf Steuerbefreiung oder -ermäßigung ist spätestens in dem Monat schriftlich bei der Stadt zu stellen, in dem die Steuervergünstigung wirksam werden soll und die Voraussetzungen vorliegen.
Eine rückwirkend beantragte Steuervergünstigung ist ausgeschlossen, selbst wenn die Voraussetzungen vorgelegen hätten.
Wird die rechtzeitig beantragte Steuervergünstigung für einen neu angeschafften Hund abgelehnt, so wird die Steuer nicht erhoben, wenn der Hund binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe wieder abgeschafft wird.
5. § 7 wird wie folgt geändert:
Absatz 2 erhält folgende Fassung:
Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Hund veräußert oder sonst abgeschafft wird, abhandenkommt oder verstirbt.
6. § 8 wird wie folgt geändert:
Absatz 2, S. 2 wird wie folgt gefasst:
Sie kann für das ganze Jahr im Voraus entrichtet werden.
7. § 9 wird wie folgt geändert:
7.1) Abs. 1, S. 1 wird wie folgt neu gefasst:
Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von zwei Wochen nach der Aufnahme oder - wenn der Hund ihm durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist - innerhalb von zwei Wochen, nachdem der Hund drei Monate alt geworden ist, bei der Stadt unter Angabe der Hunderasse und des Hundenamens anzumelden.
7.2) Abs. 2, S. 1 wird wie folgt neu gefasst:
Der Hundehalter hat den Hund innerhalb von zwei Wochen, nachdem er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat oder der Hund abhandengekommen oder verstorben ist oder nachdem der Halter aus Solingen weggezogen ist, bei der Stadt unter Angabe des Hundenamens abzumelden.
8. § 10 wird wie folgt neu gefasst:
§ 10
Ordnungswidrigkeiten
Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Abs. 2 b KAG NW handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. als Hundehalter gem. § 6 Abs. 3 den Wegfall der Voraussetzung für eine Steuervergünstigung nicht rechtzeitig anzeigt,
2. als Hundehalter entgegen § 9 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet oder die Hunderasse nicht oder nicht rechtzeitig angibt,
3. als Hundehalter entgegen § 9 Abs. 3 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt, die Steuermarke auf Verlangen des Beauftragten der Stadt nicht vorzeigt oder dem Hund andere, der Steuermarke ähnlich sehende Gegenstände anlegt,
4. als Grundstückseigentümer, Haushaltsvorstand oder deren Stellvertreter sowie als Hundehalter entgegen § 9 Abs. 4 nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt,
5. als Grundstückseigentümer, Haushaltsvorstand oder deren Stellvertreter entgegen § 9 Abs. 5 die von der städtischen Steuerbehörde übersandten Nachweisungen nicht wahrheitsgemäß oder fristgemäß ausfüllt.
9. § 11 wird wie folgt neu gefasst:
§ 11
Inkrafttreten
Die IV. Änderungssatzung der Hundesteuersatzung der Klingenstadt Solingen vom 18. Dezember 2008, diese zuletzt geändert durch die III. Änderungssatzung vom 11.10.2017, tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Klingenstadt Solingen in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Es wird gemäß § 7 Absatz 6 Gemeindeordnung NRW auf Folgendes hingewiesen:

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Solingen, den 01.10.2024

Der Oberbürgermeister
Tim Kurzbach

BEKANNTMACHUNG

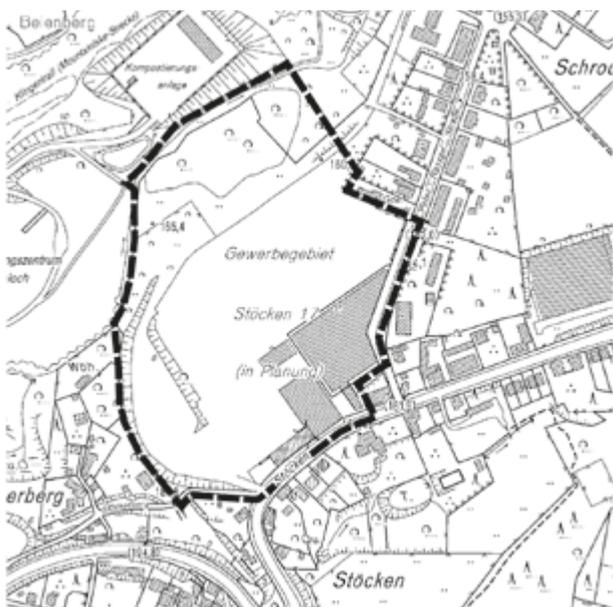
Bebauungsplan D 521 tritt in Kraft - Stadtbezirk Mitte -

Der durch den Rat am 26.09.2024 im Rahmen des § 60 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW getroffene Beschluss wird hiermit gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) i.V.m. § 4 BekanntmVO öffentlich bekanntgemacht. Der volle Wortlaut des Beschlusses lautet:

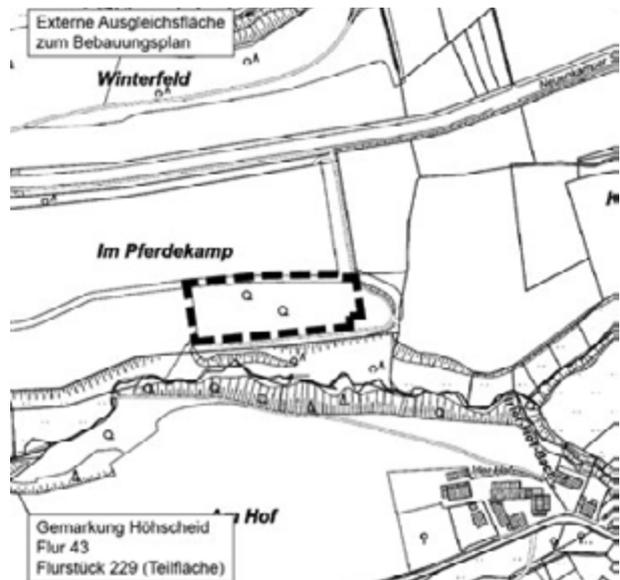
Der Bebauungsplan D 521 für das Gebiet nördlich der Straße Stöcken und westlich der Peter-Rasspe-Straße wird gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage der Satzungsbegründung einschließlich Umweltbericht mit Fassung vom 11.04.2024 beschlossen.

Der Bebauungsplans D 521 mit der zugehörigen Begründung und der zusammenfassenden Erklärung liegen vom Tage der Bekanntmachung an während der Dienststunden im Rathaus Solingen-Mitte, Stadtdienst Planung, Mobilität und Denkmalpflege, Abteilung Städtebauliche Planung, Walter-Scheel-Platz 1, 2. Obergeschoss zur Einsichtnahme bereit. Dienststunden sind montags, dienstags, mittwochs und donnerstags jeweils in der Zeit von 8.00 bis 13.00 Uhr sowie von 14:00 bis 16:00 Uhr und freitags von 8:00 bis 13:00 Uhr. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

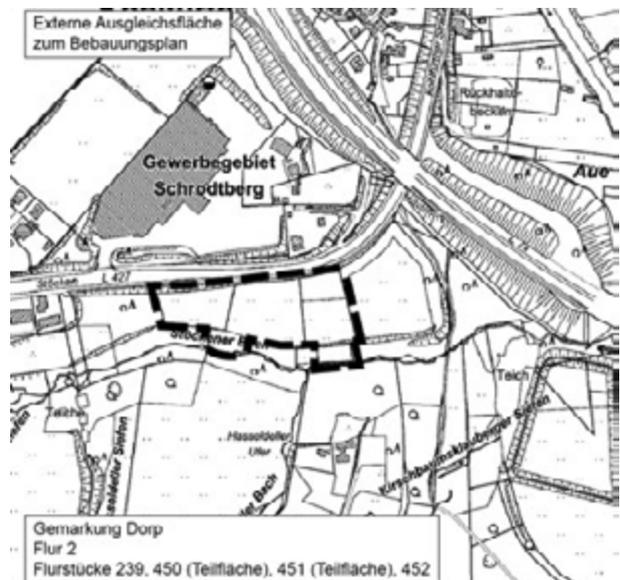
Der Geltungsbereich der Aufhebung des Bebauungsplanes D 521 sowie die räumliche Abgrenzung und Lage der zugehörigen fünf externen landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen ist in den nachfolgenden Übersichtsplänen dargestellt.



Lage Bebauungsplanentwurf D 521



Lage der externen Ausgleichsfläche: Ersatzaufforstung



Lage der externen Ausgleichsfläche: Entwicklung von naturnahem Laubwald durch Aufforstung, Entwicklung von Magergrünland



Lage der externen Ausgleichsfläche: Abriss eines Gebäudes, Entwicklung von Wald

Übersichtspläne

Geltungsbereich des Entwurfes zum Bebauungsplan D 521 (Gemarkung Dorp, Flur 1 sowie externe landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen: Ersatzaufforstung südlich Neuenkamper Straße (Gem. Höhscheid, Flur 43, Flst. 229 Teilfläche), Entwicklung von naturnahem Laubwald durch Aufforstung (Gem. Dorp, Flur 2, Flst. 452 und 451 Teilfläche), Entwicklung von Magergrünland (Gem. Dorp, Flur 2, Flst. 450 Teilfläche und 239), Abriss eines Gebäudes an der Helsingstraße und Entwicklung zu Wald (Gem. Höhscheid, Flur 26, Flst. 224).

Diese unmaßstäblichen Ausschnitte aus der Amtlichen Baskarte gehört zur Bekanntmachung der Satzung des Bebauungsplans D 521.

Hinweise

Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der derzeit geltenden Fassung weise ich darauf hin, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
 - b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.
2. Gemäß § 215 Baugesetzbuch (BauGB) werden
 - a) eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 - b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
 - c) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangesunbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

3. Ein Entschädigungsberechtigter kann Entschädigung verlangen, wenn die in §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in obengenannten Fällen bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan D 521 gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Solingen, 10.10.2024

Kurzbach

Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

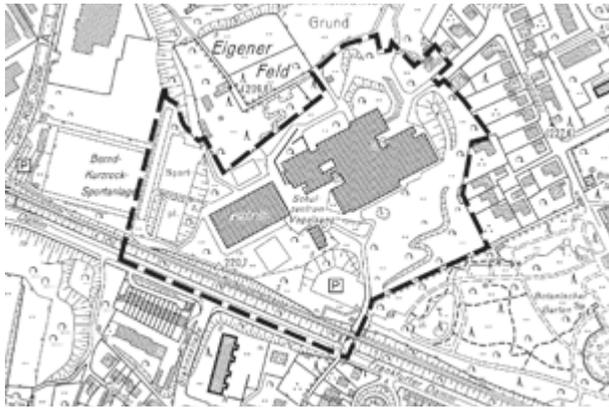
Stadtplanung zur Diskussion Veröffentlichung des Bebauungsplanes W 677 - Stadtbezirk Wald und Gräfrath -

für das Gebiet zwischen dem Eigener Feld im Nordwesten, der Straße Vogelsang im Osten, dem Botanischen Garten im Südosten, der Straße Frankfurter Damm im Südwesten und der Bernd-Kurzrock-Sportanlage im Westen

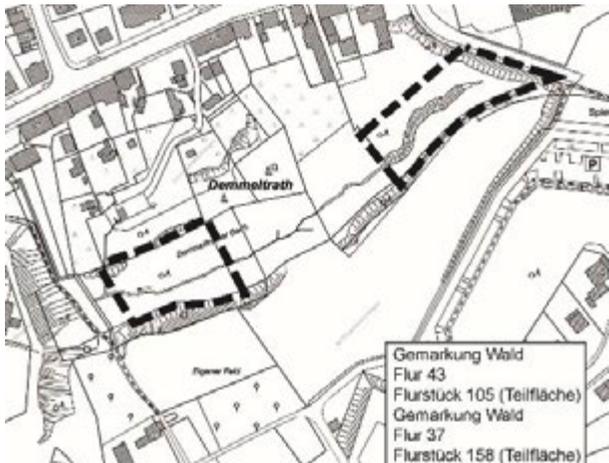
1. Planungsanlass

Der Ausschuss für Städtebau, Stadtentwicklung und Digitale Infrastruktur (ASSD) hat – nach Vorberatung der Bezirksvertretungen Wald und Gräfrath – in seiner Sitzung am 23.09.2024 dem Entwurf des Bebauungsplanes W 677 für das Gebiet zwischen dem Eigener Feld im Nordwesten, der Straße Vogelsang im Osten, dem Botanischen Garten im Südosten, der Straße Frankfurter Damm im Südwesten und der Bernd-Kurzrock-Sportanlage im Westen zugestimmt und die Verwaltung mit der Durchführung der Veröffentlichung des Entwurfs des Bebauungsplanes W 677 mit der Begründung in der Fassung vom 20.08.2024 und den textlichen Festsetzungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB beauftragt.

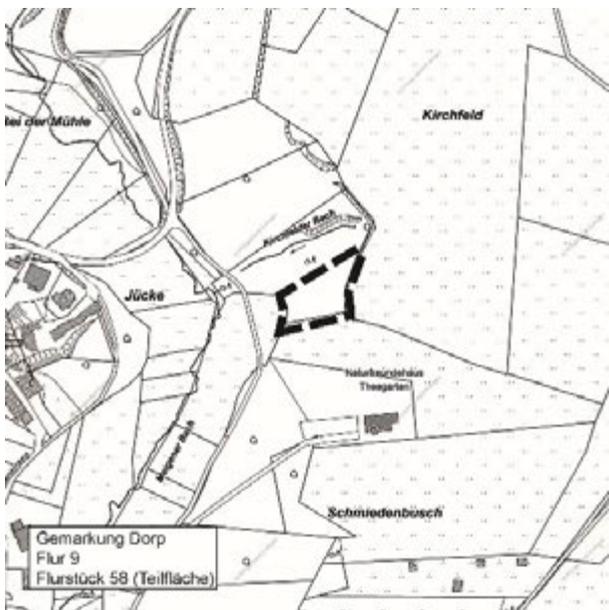
Der Geltungsbereich des Entwurfs zum Bebauungsplan W 677 sowie die räumliche Abgrenzung und Lage der zugehörigen externen landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen (Aufwertung einer Waldfläche am Demmelrather Bach, Abriss eines Wohngebäudes am Zedernweg) sind in den nachfolgenden Übersichtsplänen dargestellt.



Lage Bebauungsplanentwurf W 677



Lage der externen Ausgleichsfläche: Aufwertung einer Waldfläche



Lage der externen Ausgleichsfläche: Abriss eines Wohngebäudes

Übersichtspläne

Geltungsbereich des Entwurfes zum Bebauungsplan D 521 (Gemarkung Wald, Flur 62) sowie externe landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen: Aufwertung einer Waldfläche am Demmeltrather Bach (Gem. Wald, Flur 43, Flst. 105 Teilfläche und Gem. Wald, Flur 37, Flst. 158 Teilfläche), Abriss eines Wohngebäudes am Zedernweg (Gem. Dorp, Flur 9, Flurstück 58 Teilfläche).

Diese unmaßstäblichen Ausschnitte aus der Amtlichen Basiskarte gehört zur Bekanntmachung der Veröffentlichung des Entwurfes zum Bebauungsplan W 677.

Der Entwurf zum Bebauungsplan W 677 mit der Begründung mitsamt Umweltbericht, den Fachgutachten und den umweltbezogenen Stellungnahmen, wird gemäß § 3 Abs. 2 in der Zeit

vom 18.10.2024 bis einschließlich 20.11.2024

unter

<https://solingen.de/inhalt/verzeichnis/disclosures>

in das Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes unter <https://bauleitplanung.nrw.de> oder <https://bauportal.nrw> zugänglich gemacht. Die vorgenannten Unterlagen sind auch über die Startseite der Homepage der Stadt Solingen in der Rubrik 'Mein Solingen' im Menüpunkt 'Bauen & Stadtentwicklung - Bauleitplanung' unter dem Punkt 'Beteiligungsverfahren' zu finden.

Daneben erfolgt gleichzeitig gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB zusätzlich eine öffentliche Auslegung der Unterlagen im Rathaus Solingen-Mitte, Stadtdienst Planung, Mobilität und Denkmalpflege, Abteilung Städtebauliche Planung, Walter-Scheel-Platz 1, 2. Obergeschoss. Der Bebauungsplanentwurf mit der Planzeichnung den textlichen Festsetzungen, der Begründung mitsamt Umweltbericht sowie den Fachgutachten kann während der Öffnungszeiten des Rathauses (montags bis mittwochs 8:00 bis 16:00 Uhr, sowie donnerstags von 8:00 bis 18:00 Uhr und freitags 08:00 bis 13:00 Uhr) im Flur des 2. Obergeschoss (links von der Treppe) angesehen werden.

Gem. § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB wird bekannt gemacht, dass folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind:

1. Begründung mit Umweltbericht zum Entwurf des Bebauungsplanes W 677, August 2024.
Thema: Ermittlung und Darstellung der Belange des Umweltschutzes, die gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB als Belang in die Abwägung einzustellen und zu berücksichtigen sind.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Mensch und seine Gesundheit, Boden, Wasser, Klima, Kulturgüter und sonstige Sachgüter.
2. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, 2021, überarbeitet 2022.
Thema: Erhebung und Betrachtung der gesetzlich geschützten Arten im Rahmen einer artenschutzrecht-

- lichen Prüfung nach § 44 BNatsch, Prüfung der Verbotstatbestände, Konzeption von Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Tiere.
3. Landschaftspflegerischer Fachbeitrag, August 2024
Thema: Ermittlung und Beurteilung der zu erwartenden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, Ableitung von Kompensationsforderungen und Darstellung entsprechender Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen, Ermittlung des Kompensationsbedarfs durch die Eingriffe in Wald und Biotopstrukturen für das gesamte Bebauungsplangebiet, Formulierung Landschaftspflegerischer Maßnahmen.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima.
 4. Geotechnischer Bericht, November 2021.
Thema: Erkundung des Untergrundes auf dem Grundstück, sowie Analysierung des Bohrgutes aus der Erkundung und Auswertung der Ergebnisse.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgüter Boden, Wasser.
 5. Kampfmittel Luftbildauswertung, September 2023.
Thema: Untersuchung des Plangebiets auf Kampfmittel.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Mensch und seine Gesundheit.
 6. Stellungnahme des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland, April 2024.
Thema: Belange der Bodendenkmalpflege.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.
 7. Stellungnahme der Unteren Denkmalschutzbehörde, April 2024.
Thema: Belange der Denkmalpflege, insb. an das Plangebiet angrenzende Denkmalsbereiche.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Kultur- und Sachgüter, Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes.
 8. Stellungnahme Landesbetrieb Wald und Holz, Januar 2021.
Thema: Berücksichtigung der Belange des Waldes.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Pflanzen.
 9. Stellungnahme des Stadtdienstes Natur und Umwelt, März 2024.
Thema: Informationen zur Betroffenheit von Schutzgütern im Plangebiet sowie zu den sich daraus ergebenden Anforderungen an das Bauleitplanverfahren.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgüter Tiere und Pflanzen, Mensch und seine Gesundheit, Boden, Wasser, Klima, Kultur- und sonstige Sachgüter.
 10. Stellungnahme Bergisch-Rheinischer Wasserverband, März 2024.
Thema: Regenwassermanagement
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Wasser.
 11. Stellungnahme Technische Betriebe Solingen, Teilbetrieb Stadtgrün und Stadtbildpflege, März 2024
Thema: Maßnahmen zur Klimaanpassung, Baumerhalt, Regenwassermanagement.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Klima.
 12. Stellungnahme Technische Betriebe Solingen, Integrale Entwässerungsplanung, März 2024.
Thema: Entwässerungsplanung, Regenwassermanagement.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Wasser.
 13. Stellungnahme des Stadtdienstes Stab Nachhaltigkeit und Klimaschutz, April 2024.
Thema: Flächeninanspruchnahme, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Mobilität.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Klima.
 14. Stellungnahme Bezirksregierung Düsseldorf, März 2024.
Thema: Immissionsschutz.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgüter Mensch und seine Gesundheit, Wasser, Boden, Kulturgüter, Belange der Abfallwirtschaft.
 15. Ersteinschätzung der umweltrelevanten Belange zum Neubau Schulzentrum Vogelsang, Januar 2020
Thema: Ersteinschätzung zu ökologischen Belangen.
Behandelte Umweltbelange: Pflanzen, Tiere, Boden, Wasser, Landschaftsbild, Luft, Klima, Mensch, Kultur- und Sachgüter.
 16. Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplanvorentwurf W 677 aus dem Jahr 2021
Thema: Gebäudeausdehnung, Gebäudehöhen.
Behandelte Umweltbelange: Schutzgut Mensch und seine Gesundheit, Landschaftsbild.

Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB wird darauf hingewiesen, dass Stellungnahmen während der Dauer der Veröffentlichungsfrist abgegeben werden können. Stellungnahmen sind elektronisch per E-Mail an Planungsrecht@solingen.de zu übermitteln. Bei Bedarf können Stellungnahmen auch auf anderem Weg, bspw. postalisch (Stadt Solingen, Stadtdienst Planung, Mobilität und Denkmalpflege, Rathaus Solingen-Mitte, Walter-Scheel-Platz 1, 42651 Solingen) abgegeben oder nach Terminvereinbarung bei Frau Jakobs, Tel. 0212 / 290-4231, E-Mail planungsrecht@solingen.de oder Frau Hennig, Tel. 0212 / 290-4491, E-Mail planungsrecht@solingen.de zur Niederschrift vorgetragen werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan gem. § 4a Abs. 5 BauGB unberücksichtigt bleiben, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und

deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist. In Bezug auf § 3 Absatz 1 Satz 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass auch Kinder und Jugendliche Teil der Öffentlichkeit sind.

Die ortsübliche Bekanntmachung wird hiermit angeordnet.

Solingen, 10.10.2024

Der Oberbürgermeister
In Vertretung

Budde
Beigeordneter

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

V24/23-2/362 - Stahlbauarbeiten, Statische Ertüchtigung Fahrgastbrücke, Bahnhofstraße 15, Solingen

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906779
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42651 Solingen
- f) Art und Umfang der Leistung**
Stahlbauarbeiten, Statische Ertüchtigung Fahrgastbrücke, Bahnhofstraße 15, Solingen
Fertigung und Montage von Stahlkonsolen und Zugstangen an der Tragkonstruktion unterhalb der Fahrgastbrücke zur statischen Ertüchtigung
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen**
Losweise Ausschreibung: Nein
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: 24.03.2025 Bis: 29.04.2025
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/d9d54155-4587-41ae-b6c4-4c960e3f1933>
- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**
Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.
- n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden, Teilnahme- oder Angebotsfrist:**
Bindefrist:
- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**
06.11.2024 10:00:00
06.12.2024

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind

In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:

<https://portal.deutsche-evergabe.de>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch

r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Gemäß VOB.

v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss

Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten,

nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.

Qualifikation als Schweißfachbetrieb nach DIN EN 1090-2 EXC3

Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung

Insolvenz, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann

Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle

Postfach 300865

40408 Düsseldorf

Tel.:

Fax:

11.10.2024

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

V24/23-2/370 - Erneuerung der Orchesterbeleuchtung im Konzertsaal im Theater und Konzerthaus

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42651 Solingen
- f) Art und Umfang der Leistung**
Erneuerung der Orchesterbeleuchtung im Konzertsaal im Theater und Konzerthaus
Installation von 24 LED-Flutern in Pendelmontage, Demontage der vorhandenen Leuchten, Erneuerung der Steuerung über DMX.
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen**
Losweise Ausschreibung: Nein
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: Bis:
Beginn: Januar 2025
Ende: Ende Februar 2025
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/dfcc46bd-46c8-4413-8d9a-1abe632af2c3>
- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**
Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.
- n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden, Teilnahme- oder Angebotsfrist:**
Bindefrist:
- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**
29.10.2024 10:00:00
28.11.2024

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind

In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch

r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Gemäß VOB.

v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss

Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten,

nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.

Eigenerklärung nach § 16 (2) VOB/A 2019, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann

Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle

Postfach 300865

40408 Düsseldorf

Tel.:

Fax:

08.10.2024

AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (VOB) V24/90-501/369 - Begrünungsmaßnahmen TBS 2024

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- b) Gewähltes Vergabeverfahren**
Öffentliche Ausschreibung [VOB]
- c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Hier müssen die Angebote elektronisch abgegeben werden.
- d) Art des Auftrags**
Bauleistung
- e) Ort der Ausführung**
42719 Solingen
- f) Art und Umfang der Leistung**
Begrünungsmaßnahmen TBS 2024
Pflanzarbeiten an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Solingen:
Liefern und pflanzen von
ca. 70 Hochstämme / Stammbüsche m. Ballen,
ca. 240 Sträucher m. B.
ca. 270 Sträucher o.B.,
ca. 170 Forstware Sämlinge,
ca. 135 Kleingehölze/Bodendecker;
Aussaats von
ca. 2300 m² Wiesenfläche
ca. 3300 m² Fertigstellungspflege Gehölzflächen (1 Jahr)
ca. 2700 m² Fertigstellungspflege Wiesenflächen (1 Jahr)
ca. 3300 m² Entwicklungspflege Gehölzflächen (2 Jahre)
ca. 2700 m² Entwicklungspflege Wiesenflächen (2 Jahre)
ca. 1700 m² Wässerungsarbeiten (3 Jahre)
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
- h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen**
Losweise Ausschreibung: Ja
Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten
Los-Nr. 1 Losname Begrünungsmaßnahmen TBS 2024 - Los 1
Beschreibung Begrünungsmaßnahmen RRK Central und Sanierung RÜB/Durchlass Locher Straße
Los-Nr. 2 Losname Begrünungsmaßnahmen TBS 2024 - Los 2
Beschreibung Begrünung Staukanal Tunnelstraße und Sammler Bavert B2
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen**
Von: Bis:
Ausführungsbeginn unverzüglich nach Auftragsvergabe, die Pflanzungen sollen im November / Dezember 2024 (je nach Witterung spätestens im Januar 2025) durchgeführt werden.
Fertigstellung bis spätestens Januar 2025 (Pflanzungen), Fertigstellungspflege bis 2027
- j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen

- k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote**
Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt**
Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/1d668db9-e5d2-421e-952f-5978d971ef0d>
- m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist**
Die Unterlagen stehen ausschließlich elektronisch zur Verfügung.
- n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden, Teilnahme- oder Angebotsfrist:**
Bindefrist:
- o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist**
31.10.2024 10:00:00
29.11.2024
- p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind**
In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen**
Deutsch
- r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung**
Niedrigster Preis
- s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**
- t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten**
- u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**
Gemäß VOB.
- v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss**
Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 5 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre, durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.
Eigenerklärung nach § 16 (2) VOB/A, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Erklärung gem. § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
- x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann**
Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 34 VOB Beschwerdestelle
Postfach 300865
40408 Düsseldorf
Tel.:
Fax:
10.10.2024

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)
Verfahren: V24/25-2/363 - Sicherheitsdienst Notunterkunft für geflüchtete Menschen,
Goerdeler Str. 24-26 in 42651 Solingen
Auftraggeber: Stadt Solingen

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de

2) Verfahrensart

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Sicherheitsdienst Notunterkunft für geflüchtete Menschen, Goerdeler Str. 24-26 in 42651 Solingen

Bei der Einrichtung handelt es sich um eine kommunale Notunterkunft zur Unterbringung von Geflüchteten und asylbegehrenden Personen. Es wird mit einer Sollbelegung von bis zu 145 Personen geplant.

Bei dem Objekt handelt es sich um ein 5geschossiges ehemaliges Verwaltungsgebäude mit Küche und Kantine im Untergeschoss. Im Innenhof befinden sich zusätzlich sanitäre Anlagen (Container). Im Erdgeschoss befindet sich ein Bürotrakt für Mitarbeiter der Einrichtungsleitung sowie der Sozialen Betreuung, im Dachgeschoss zusätzlich ein größerer Veranstaltungs-/Aufenthaltsraum.

Das Gelände ist eingezäunt, der Zugang besteht durch einen Eingangsbereich und eine Toreinfahrt für Personal und Zulieferer. Die genaue Lage und das Umfeld können über einen Kartendienst (z. B. Google Maps) erkundet werden. Ein gemeinsamer Ortstermin nach vorheriger Terminvereinbarung wird angeboten.

Leistungsinhalte:

Die Flüchtlingsunterkunft wird vom Auftragnehmer bei Belegung täglich für 24 Stunden im Schichtdienst bewacht. Notwendig ist Personal zur Einlasskontrolle sowie für Kontrollgänge im Innen- und Außenbereich.

Dabei wird von folgendem Mindestpersonalschlüssel ausgegangen:

- im Zeitraum von 8.00 – 18.00 Uhr 3 Mitarbeitende

- im Zeitraum von 18.00 – 8.00 Uhr 2 Mitarbeitende

Änderungen des Personalschlüssels während der Vertragslaufzeit bedürfen der vorherigen Absprache mit dem Stadtdienst Soziales der Klingenstadt Solingen.

Der Auftrag wird für die Dauer vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 vergeben. Eine Auftragserweiterung über eine Verlängerung bis zum 31.12.2026 wird vorbehalten (Verlängerungsoption).

Ort der Leistungserbringung:

42697 Solingen

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 01.01.2025 Bis: 31.12.2025

Verlängerungsoption um ein weiteres Jahr bis 31.12.2026

- 9) **Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/aecf4f36-519b-4933-b895-e51458625aba>
- 10) **Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 11.11.2024 10:00:00
Bindefrist: 10.01.2025 00:00:00
- 11) **Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B
- 13) **Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre;
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen.
Gefordert ist:
Referenzen: Benennung von drei Referenzen aus den letzten drei Jahren (seit August 2021), die die Sicherheit von Unterkünften für Flüchtlinge zum Gegenstand hatten, insbesondere mit Angaben zu
- Name des Auftraggebers und Kontaktdaten, Bezeichnung und Standort der Unterkunft für Flüchtlinge,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Kurzbeschreibung des Umfangs der Referenz, insbesondere mit Angaben zu Regelbelegung, Art der Unterkunft (Landes-/kommunale Unterkunft), Komplexität des Objekts (z. B. Gebäudestruktur, Gebäudeanzahl, Bauart, etc.), Art der erbrachten Leistungen (z. B. Einlasskontrollen, Pfortendienst, Kontroll- und Streifendienst), Anzahl der in der Unterkunft eingesetzten Beschäftigten des Bieters.
Die Vergleichbarkeit der erbrachten Sicherheitsleistungen setzt voraus, dass der Bieter in der Unterkunft hauptverantwortlich die Sicherheitsdienstleistungen für mindestens 6 Monate mit eigenem Personal erbracht hat.
- Umsatz: Eigenerklärung über den Nettojahresgesamturnsatz (in Euro) sowie den Umsatz (in Euro) zu mit dem zu vergebenden Auftrag vergleichbaren Leistungen des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2021, 2022, 2023);
als vergleichbar angesehen werden Leistungen im Zusammenhang mit der Sicherheit in Unterkünften für Flüchtlinge
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung möglicher Ersatzansprüche für die Dauer des Vertrags eine Haftpflichtversicherung mit mindestens den in § 14 Abs. 2 BewachV genannten Deckungssummen je Schadensereignis abzuschließen und für die Dauer des Vertrags aufrecht zu halten.
Die Versicherungssummen müssen zumindest zweifach maximiert vorgehalten werden.
Der Nachweis ist mit dem Angebot einzureichen. Sofern ein solcher Versicherungsschutz noch nicht besteht, ist die Vorlage einer Eigenerklärung des Bieters ausreichend, dass eine entsprechende Haftpflichtversicherung spätestens vor Zuschlagserteilung nachgewiesen wird.
- Eine aktuelle Erlaubnis nach § 34a der Gewerbeordnung (GewO) ist in Kopie dem Angebot beizufügen.
- aktueller Auszug aus dem Gewerbezentralregister ist bei Angebotsabgabe in den Anlagen hochzuladen
- Erklärung zur Einwilligung einer Unbedenklichkeitsprüfung
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) **Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**
Niedrigster Preis

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

**Verfahren: V24/25-2/366 - Schülerspezialverkehr - Schulbusfahrten im Pendelverkehr
Transferfahrten durch die Auslagerung der Grundschule Kreuzweg vom 09.01.2025 bis 08.01.2027 (Bauzeit
mindestens 2 Jahre) vom Hauptstandort Lehner Straße 11 in Solingen zum Auslagerungsort der ehemaligen
Grundschule Wittkuller Straße
Wittkuller Straße 23 in Solingen
Auftraggeber: Stadt Solingen**

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**
Schülerspezialverkehr - Schulbusfahrten im Pendelverkehr
Transferfahrten durch die Auslagerung der Grundschule Kreuzweg vom 09.01.2025 bis 08.01.2027 (Bauzeit mindestens 2 Jahre) vom Hauptstandort Lehner Straße 11 in Solingen zum Auslagerungsort der ehemaligen Grundschule Wittkuller Straße
Wittkuller Straße 23 in Solingen
Schulbusfahrten im Umlaufbetrieb
Einsatz zur Beförderung von ca. 200 Schulkindern auf der Schulbuslinie Lehner Str. - Wittkuller Str.
morgens unter Einsatz von 4 Bussen 7:45 Uhr ab Haltepunkt Lehner Str. sowie mittags unter Einsatz von jeweils 2 Bussen ab Haltepunkt Wittkuller Str. ab 12.45 Uhr, 13:30 Uhr und 15:45 Uhr zurück
Ort der Leistungserbringung:
42697 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**
Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: 09.01.2025 Bis: 08.01.2027
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/cb65dd2c-184c-4405-96f8-76c551caf991>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 04.11.2024 10:00:00
Bindefrist: 03.01.2025 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre;

Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen.

- Beschreibung der personellen Kapazitäten (Anlage Personalkapazität)
- Nachweis einer Unternehmerhaftpflichtversicherung i. H. v. 2.500.000,- EUR für Personen- und Sachschäden bei Zuschlagserteilung
- Nachweis der Beitragszahlung gegenüber der Berufsgenossenschaft
- Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen im Bereich der Personenbeförderung mit Omnibussen
- Genaue Beschreibung des derzeit vorhandenen Fahrzeugbestandes, welcher zur Personenbeförderung eingesetzt wird (Anlage Fahrzeugaufstellung)

Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.

Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Verfahren: V24/25-2/368 - Wach- und Sicherheitsdienstleistungen (Revierdienst) in Übergangsheimen

Auftraggeber: Stadt Solingen

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de

2) Verfahrensart

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Wach- und Sicherheitsdienstleistungen (Revierdienst) in Übergangsheimen
Wachdienstleistungen für Übergangsheime in Solingen.

Die Bestreifung ist von montags bis freitags (nach Dienstschluss der Heimverwalter) von 16.00 Uhr bis 7.00 Uhr und samstags, sonntags und an Feiertagen von 7.00 Uhr bis 7.00 Uhr durchzuführen.

Die Objekte sind montags bis freitags täglich 6mal sowie samstags, sonntags und an Feiertagen täglich 12mal anzufahren. Dabei sind jeweils Kontrollgänge innerhalb und außerhalb des Objekts vorzunehmen. Die Durchführung der Kontrollgänge ist zu dokumentieren und dem Auftraggeber vorzulegen.

Der Auftrag für Los 1-4 und Los 6-7 wird für die Dauer vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 vergeben. Eine Auftragserweiterung über einen Verlängerungszeitraum bis 31.12.2026 wird vorbehalten (Verlängerungsoption).

Der Auftrag für Los 5 wird für die Dauer vom 01.01.2025 bis 31.05.2025 vergeben. Eine Auftragserweiterung über einen Verlängerungszeitraum bis 31.10.2025 wird vorbehalten (Verlängerungsoption).

Ort der Leistungserbringung:

42697 Solingen

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Ja

Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)

Los-Nr. 1 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Friedrich-Ebert-Str. 31-33, 42719 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

Los-Nr. 2 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Jasperstr. 16, 42719 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes.

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

Los-Nr. 3 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Zietenstr. 31, 42651 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes.

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

Los-Nr. 4 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Kronprinzenstr. 18-24/Freiligrathstr. 6, 42655 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes.

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

Los-Nr. 5 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Flockertsholzer Weg 10, 42653 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes.

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

Los-Nr. 6 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Felder Str. 41 a+d, 42651 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

Los-Nr. 7 Losname Revierdienst Flüchtlingsunterkunft Nippesstr. 12, 42697 Solingen

Beschreibung Monatspauschale für die Bestreifung des Objektes

Siehe auch "Besondere Vertragsbedingungen" in den Anlagen.

- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: Bis:
Lose 1-4: 01.01.2025 bis 31.12.2025
Los 5: 01.01.2025 bis 31.05.2025 Verlängerungsoption bis 31.10.2025
Lose 6 + 7: 01.01.2025 bis 31.12.2025 Verlängerungsoption bis 31.12.2026
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/29f581fa-063b-4ca0-ad4f-dfcfc221537d>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 08.11.2024 10:00:00
Bindefrist: 07.01.2025 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre;
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen.
Gefordert ist:
Benennung von drei Referenzen aus den letzten drei Jahren (seit August 2021), die die Sicherheit von Unterkünften für Flüchtlinge zum Gegenstand hatten, insbesondere mit Angaben zu
- Name des Auftraggebers und Kontaktdaten, Bezeichnung und Standort der Unterkunft für Flüchtlinge,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Kurzbeschreibung des Umfangs der Referenz, insbesondere mit Angaben zu Regelbelegung, Art der Unterkunft (Landes-/kommunale Unterkunft), Komplexität des Objekts (z. B. Gebäudestruktur, Gebäudeanzahl, Bauart, etc.), Art der erbrachten Leistungen (z. B. Einlasskontrollen, Pfortendienst, Kontroll- und Streifendienst), Anzahl der an der Unterkunft eingesetzten Beschäftigten des Bieters.
Die Vergleichbarkeit der erbrachten Sicherheitsleistungen setzt voraus, dass der Bieter an der Unterkunft hauptverantwortlich die Sicherheitsdienstleistungen für mindestens 6 Monate mit eigenem Personal erbracht hat.
Angabe der aktuell bei Ablauf der Angebotsfrist sowie in den letzten drei Kalenderjahren (2021, 2022, 2023) fest angestellten Beschäftigten in der Sicherheits- und Bewachungssparte
- Sachkundeprüfung nach § 34 a GewO oder andere Nachweise gemäß § 8 Nr. 1 bis 3 i. V. m. § 12 BewachV ist in Kopie dem Angebot beizufügen
- Eigenerklärung zur Einwilligung einer Unbedenklichkeitsprüfung
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung möglicher Ersatzansprüche für die Dauer des Vertrags eine Haftpflichtversicherung mit mindestens den in § 14 Abs. 2 BewachV genannten Deckungssummen je Schadensereignis abzuschließen und für die Dauer des Vertrags aufrecht zu halten. Die Versicherungssummen müssen zumindest zweifach maximiert vorgehalten werden. Ein Nachweis ist spätestens vor Auftragserteilung einzureichen.
- aktueller Auszug aus dem Gewerbezentralregister ist bei Angebotsabgabe in den Anlagen hochzuladen
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**
Niedrigster Preis

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)
Verfahren: V24/37/297 - Ersatzbeschaffung eines Rüstwagen Typ RW
Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**
Ersatzbeschaffung eines Rüstwagen Typ RW
Ersatzbeschaffung eines Rüstwagen (RW)
Ort der Leistungserbringung:
42655 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**
Losweise Ausschreibung: Ja
Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)
Los-Nr. 1 Losname Ersatzbeschaffung eines Rüstwagen Los 1
Beschreibung Fahrgestell inkl. Auf- und Ausbau gem. angehängtem LV Los 1
Los-Nr. 2 Losname Allgemeine Beladung Rüstwagen Los 2
Beschreibung Allgemeine Beladung Rüstwagen gem. Anhang Los 2
Los-Nr. 3 Losname Hydraulische Rettungsgeräte Beladung Rüstwagen Los 3
Beschreibung Hydraulische Rettungsgeräte Beladung Rüstwagen gem. Anhang Los 3
Los-Nr. 4 Losname Pneumatische Rettungsgeräte Beladung Rüstwagen Los 4
Beschreibung Pneumatische Rettungsgeräte Beladung Rüstwagen gem. Anhang Los 4
Los-Nr. 5 Losname Rettungsboot Beladung Rüstwagen Los 5
Beschreibung Rettungsboot Beladung Rüstwagen gem. Anhang Los 5
Los-Nr. 6 Losname Be- und Entlüftungsgerät Beladung Rüstwagen Los 6
Beschreibung Be- und Entlüftungsgerät Beladung Rüstwagen gem. Anhang Los 6
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: Bis:
unverzüglich nach Auftragsvergabe
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/4290f29e-1c23-44a3-9073-cebc44977d0e>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 25.10.2024 10:00:00
Bindefrist: 23.12.2024 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Los 1: Nachweis über eine Mindestauslieferung / Produktion von 10 Feuerwehrfahrzeugen (Typ RW gem. DIN 14.555-3) bzw. Referenznachweise über vergleichbare Lieferumfänge / Projekte in den letzten 3 Jahren in Deutschland ausgeliefert wurden und ein jährlicher Mindestumsatz in Höhe von 1.100.000 € .

Lose 2-6: Eigenerklärung / Nachweis (Referenznachweise) über eine jährliche Mindestauslieferung / Produktion von 10 Beladungen für Löschfahrzeuge (Typ LF / HLF / TLF / DLA (K)) über vergleichbare Lieferumfänge / Projekte, an einen Auftraggeber ausgelieferte Beladungen), in Deutschland in den letzten 3 Jahren und und ein jährlicher Mindestumsatz in Höhe von 250.000 € sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen. Eingangskriterien Anhang C1 und C2

Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.

Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Wirtschaftlichstes Angebot: UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)
Verfahren: V24/40/347 - Dienstleistungsvertrag über den eigenverantwortlichen Betrieb
der Schulmensa in der Carl-Ruß-Schule
Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**
Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**
Dienstleistungsvertrag über den eigenverantwortlichen Betrieb der Schulmensa in der Carl-Ruß-Schule
Die Stadt Solingen beabsichtigt einen Dienstleistungsvertrag über den Betrieb der Mensa der Carl-Ruß-Schule am Standort Fürkerfeldstraße 23, 42697 Solingen zu vergeben.
Die Carl-Ruß-Schule ist eine Förderschule mit den Schwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung mit den Bereichen Grundschule, Mittelstufe und Oberstufe, sowie mit einem Ganztagsbetrieb. In der Carl-Ruß-Schule werden momentan ca. 185 Schülerinnen und Schüler beschult.
Aktuell werden täglich insgesamt ca. 126 Mittagessen ausgegeben.
Ort der Leistungserbringung:
42697 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**
Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: 01.01.2025 Bis: 31.12.2026
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/88aff967-6380-45b7-b64b-db8aeb51dd46>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 31.10.2024 10:00:00
Bindefrist: 29.11.2024 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre;
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.
Dem Angebot ist ein detailliertes Betriebs- und Hygienekonzept (VO (EG) Nr. 852-2004 beizulegen.
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.
Niedrigster Preis

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (UVgO) Verfahren: V24/59/373 - Treffpunkt für Erziehende 2025 Auftraggeber: Stadt Solingen

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Treffpunkt für Erziehende 2025

Leistungsgegenstand ist eine Maßnahme gem. § 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 1

Nr. 1 und 3 SGB III zur Unterstützung von erwerbsfähigen leistungsberechtigten alleinerziehenden Müttern und Vätern über 18 Jahre, erwerbsfähigen leistungsberechtigten erziehenden Müttern und Vätern über 18 Jahre, deren jüngstes Kind bei Zuweisung i.d.R. noch unter 6 Jahren/im Vorschulalter ist und die aufgrund fehlender Kinderbetreuung dem Arbeitsmarkt noch nicht zur Verfügung stehen, erwerbsfähigen leistungsberechtigten Frauen über 18 Jahre, die ein Kind erwarten und bereits während der Schwangerschaft an der Maßnahme teilnehmen sollen.

Das Unterstützungsangebot beinhaltet auch eine niedrigschwellige Kinderbetreuung parallel zu den Betreuungszeiten am Maßnahmenstandort.

Die familiäre Situation der Zielgruppe ist besonders zu berücksichtigen, da ungünstige Betreuungszeiten, eingeschränkte Mobilität und fehlende berufliche Perspektive für die Zielgruppe bei der (Wieder-)Aufnahme einer Berufstätigkeit eine große Herausforderung darstellen.

Die Kundinnen und Kunden sollen die Erfahrung machen, dass sich Beruf und Familie bei entsprechender Organisation und realistischer Berufswegeplanung vereinbaren lassen, ein frühzeitiger beruflicher (Wieder-)Einstieg von Vorteil ist und sich aus dieser Balance positive Auswirkungen für Eltern und Kind ergeben können.

Die Zielgruppe soll an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt herangeführt, Vermittlungshemmnisse festgestellt, verringert und beseitigt werden und in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unter anderem durch Praktika vermittelt werden.

Durch den Einsatz verschiedener Methoden, insbesondere offener Treffen der Erziehenden und Kleingruppenveranstaltungen bzw. Workshops, Einzelcoachings und Praktika, soll das Maßnahmeziel erreicht werden.

Ziel der Maßnahme ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsprechend den jeweiligen individuellen Erfordernissen unter Berücksichtigung der zielgruppenspezifischen Besonderheiten beim Übergang (auch von der Erziehungszeit) in das Berufsleben zu unterstützen. Die Zielgruppe soll im Rahmen von Einzelgesprächen, Kleingruppen- und Informationsveranstaltungen sowie Workshops und Gruppenangeboten befähigt werden, ihre persönlichen Problemlagen zu erkennen und – durch vom Auftragnehmer aufgezeigte Handlungsmöglichkeiten – zu bewältigen.

Für die ausgeschriebene Leistung sind insgesamt maximal 35 Teilnehmendenplätze pro Monat mit einem laufenden Einstieg vorgesehen.

Der Auftraggeber sichert dem Auftragnehmer für die gesamte Vertragslaufzeit zu, mindestens 28 Teilnehmendenplätze abzunehmen. Der Auftraggeber kann innerhalb der Vertragslaufzeit jederzeit bis zum Erreichen der maximalen Gesamtplatzzahl (35 Teilnehmendenplätze) Einzelaufträge aus der Rahmenvereinbarung abrufen. Die Abrufe der Einzelaufträge (Einzelabrufe) erfolgen durch den Auftraggeber.

Die Vertragslaufzeit beträgt 12 Monate. Die geplante Maßnahmelaufzeit ist vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2025.

Ort der Leistungserbringung:

42651 Solingen

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: 01.01.2025 Bis: 31.12.2025
Verlängerungsoption: 01.01.2026 bis 31.12.2026
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/7fd384bd-9992-4050-9cee-e52c22b39031>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 30.10.2024 10:00:00
Bindefrist: 29.11.2024 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Zertifizierung gemäß AZAV, Mindestgelt für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen, Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**
Wirtschaftlichstes Angebot: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung
Preis-/Leistungsverhältnis (%): 30 / 70
Aufschlüsselung der Leistungskriterien:
- Ziele/Grundverständnis der eigenen Arbeit 15 %
- Zielgruppe 15 %
- Strategie/Maßnahmedurchführung 60 %
- Erfahrung 10 %

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)
Verfahren: V24/KC-E/372 - Betreuung und Betriebsüberwachung
von (Förder-) Aufzugsanlagen der Stadt Solingen
Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**
Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**
Betreuung und Betriebsüberwachung von (Förder-) Aufzugsanlagen der Stadt Solingen
Betreuung und Betriebsüberwachung von (Förder-) Aufzugsanlagen der Stadt Solingen in der Zeit vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2027
Ort der Leistungserbringung:
42651 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**
Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: 01.01.2025 Bis: 31.12.2027
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
In diesem Verfahren sind nur elektronische Angebote zugelassen, diese sind einzureichen unter:
<https://portal.deutsche-evergabe.de>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 31.10.2024 10:00:00
Bindefrist: 29.11.2024 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.
Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**
Niedrigster Preis
Nationale

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)
Verfahren: V24/KC-F/355 - Ausschreibung 1 Stück Kanalreinigungsfahrzeug
Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**
Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**
Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**
Ausschreibung 1 Stück Kanalreinigungsfahrzeug
Lieferung und Montage von 1 Stück Saug- Druckspülaufbau montiert auf 3-Achs-LKW-Fahrgestell
Ort der Leistungserbringung:
42651 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**
Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**
Von: Bis:
unverzüglich nach Auftragsvergabe
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**
<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/b3dc2e40-ae39-46ef-ac01-45751b513aba>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**
Teilnahme- oder Angebotsfrist: 04.11.2024 10:00:00
Bindefrist: 03.01.2025 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**
Gem. VOL/B
- 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt**
Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen. Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MilloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen. Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.
Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.
- 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.**
Wirtschaftlichstes Angebot: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung
Preis-/Leistungsverhältnis (%): 45 / 55
Wirtschaftlichkeit: 45 %
Technischer Wert/ Qualität Fahrgestell: 9 %
Technischer Wert / Qualität Fahrgestellaufbau: 18 %
Umweltverträglichkeit: 16 %
Umweltverträglichkeit: 12 %

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: V24/KC-R/360 - Unterhaltsreinigung Grundschule Stübchen (im Stadtgebiet Solingen)

Auftraggeber: Stadt Solingen

- 1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind**

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de
- 2) Verfahrensart**

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- 4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen**
- 5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung**

Unterhaltsreinigung Grundschule Stübchen (im Stadtgebiet Solingen)
Unterhaltsreinigung Grundschule Stübchen, Katternberger Str. 204, 42655 Solingen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und einer einmaligen Verlängerungsoption um ein weiteres Jahr.
Ort der Leistungserbringung:
42655 Solingen
- 6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind zugelassen
- 8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

Von: 01.11.2024 Bis: 31.10.2026
mit Verlängerungsoption um ein Jahr.
- 9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/3ea89b3d-d5dd-48ca-a839-f4fb833e6675>
- 10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 22.10.2024 10:00:00
Bindefrist: 21.11.2024 00:00:00
- 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

Gem. VOL/B

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch beigefügten Referenzfragebogen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Vermögens-, Personen- und Bearbeitungsschäden eine Betriebshaftpflichtversicherung und eine Schlüsselversicherung abzuschließen und dem Auftraggeber nach Aufforderung nachzuweisen.

Mindesthöhe für Haftpflichtschäden 500.000,00 Euro; Mindesthöhe der Schlüsselversicherung 50.000,00 Euro.

Sofern bereits eine entsprechende Versicherung besteht, kann die Police in den eigenen Anlagen hochgeladen werden.

Die Unterlagen werden vor Vertragsabschluss vom Bestbieter angefordert.

Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Wirtschaftlichstes Angebot: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Preis-/Leistungsverhältnis (%): 60 / 40

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Verfahren: V24/KC-R/375 - Unterhaltsreinigung von drei Grundschulen im Stadtgebiet Solingen

Auftraggeber: Stadt Solingen

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Klingenstadt Solingen
Konzernbeschaffung und Medienservice
Vergabestelle
Bonner Straße 100
42697 Solingen
Germany
Tel.: +49 2122906804
Fax: +49 2122906695
vergabe@solingen.de

2) Verfahrensart

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Über https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off können die Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form abgefordert werden. Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

Unterhaltsreinigung von drei Grundschulen im Stadtgebiet Solingen
Unterhaltsreinigung von drei Grundschulen im Stadtgebiet von Solingen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und einer einmaligen

Verlängerungsoption um ein weiteres Jahr.

Los 1 - Grundschule Kreuzweg (Mittelgönrather Straße 1, 42655 Solingen)

Los 2 - Grundschule Am Rosenkamp (Heidstraße 11, 42719 Solingen);

Los 3 - Grundschule Uhlandstraße (Uhlandstraße 52, 42699 Solingen).

Besichtigungstermine in den Objekte werden empfohlen.

Ort der Leistungserbringung:

42655 Solingen

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Ja

Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)

Los-Nr. 1 Losname Unterhaltsreinigung der Grundschule Kreuzweg

Beschreibung Unterhaltsreinigung der Grundschule Kreuzweg, Mittelgönrather Straße 1, 42655 Solingen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und einer einmaligen optionalen Verlängerung um ein Jahr

Los-Nr. 2 Losname Unterhaltsreinigung der Grundschule Am Rosenkamp

Beschreibung Unterhaltsreinigung der Grundschule Am Rosenkamp, Heidstraße 11, 42719 Solingen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und einer einmaligen optionalen Verlängerung um ein Jahr.

Los-Nr. 3 Losname Unterhaltsreinigung der Grundschule Uhlandstraße

Beschreibung Unterhaltsreinigung der Grundschule Uhlandstraße, Uhlandstraße 52, 42699 Solingen mit einer Laufzeit von zwei Jahren und einer einmaligen optionalen Verlängerung um ein Jahr.

Achtung! Es steht lediglich der Putzmittelraum im Erdgeschoss zur Verfügung. Es besteht keine Möglichkeit, Reinigungsmittel und Reinigungsgeräte auf den Etagen zu lagern.

Bei der Reinigung der Sporthalle müssen wir auf eine maschinelle Reinigung bestehen.

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 01.12.2024 Bis: 30.11.2026

1 weiteres Jahr optionale Verlängerung

9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/7f2614cf-ce36-4842-b082-4a9b7b698373>

10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 12.11.2024 10:00:00

Bindefrist: 10.01.2025 00:00:00

11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Gem. VOL/B

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Mindestens 3 Referenzen von vergleichbaren Projekten, nicht älter als 3 Jahre; Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre sowie durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter - jeweils nachzuweisen durch Referenzfragebogen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Vermögens-, Personen- und Bearbeitungsschäden eine Betriebshaftpflichtversicherung und eine Schlüsselversicherung abzuschließen und dem Auftraggeber nach Aufforderung nachzuweisen. Mindesthöhe für Haftpflichtschäden 500.000,00 Euro; Mindesthöhe der Schlüsselversicherung 50.000,00 Euro.

Sofern bereits eine entsprechende Versicherung besteht, kann die Police in den eigenen Anlagen hochgeladen werden. Die Unterlagen werden vor Vertragsabschluss vom Bestbieter angefordert

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Vermögens-, Personen- und Bearbeitungsschäden eine Betriebshaftpflichtversicherung und eine Schlüsselversicherung abzuschließen und dem Auftraggeber nach Aufforderung nachzuweisen. Mindesthöhe für Haftpflichtschäden 500.000,00 Euro; Mindesthöhe der Schlüsselversicherung 50.000,00 Euro.

Sofern bereits eine entsprechende Versicherung besteht, kann die Police in den eigenen Anlagen hochgeladen werden. Die Unterlagen werden vor Vertragsabschluss vom Bestbieter angefordert

Eigenerklärung nach § 123 GWB, Eigenerklärung nach § 124 GWB, Erklärung gemäß § 19 MiloG, Eigenerklärung Insolvenz, Erklärung gemäß § 22 LkSG - jeweils nachzuweisen gemäß Kriterienkatalog in den Vergabeunterlagen.

Es wird auf die Bekanntmachung Amtsblatt EU verwiesen.

Rechtsform für Bietergemeinschaften: Gesamtschuldnerisch haftend mit einem verantwortlichen Vertreter.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Wirtschaftlichstes Angebot: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Preis-/Leistungsverhältnis (%): 60 / 40